Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezuges-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden 6. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Nieder-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 454. Halle, Sonnabend, den 27. September. 1919.

Die Siemenswerke liegen still.

100 000 Arbeiter streiken.

Berlin, 27. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Seit heute früh sind die Siemenswerke vollständig stillgelegt. Etwa 34 000 Arbeiter und Arbeiterinnen müssen infolge des Streiks von kaum 100 Heizern und Maschinisten feiern. Auch bei den übrigen großen Werken in Berlin und den Vororten steigt die Zahl der Arbeiter, die wegen der Teilstreiks entlassen werden müssen, beständig. Zur Stunde sind rund 100 000 Arbeiter von dem Streik betroffen.

Die Bemühungen, die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke in den Streik hineinzuziehen, sind gänzlich gescheitert. Diese Arbeiter haben auch um so weniger Veranlassung, sich an der Bewegung zu beteiligen, als für die städtischen Angestellten und Arbeiter ein neuer Lohntarif erst vor kurzem zustande gekommen ist, mit dessen Grundsätzen alle Parteien einverstanden waren. Wie aus mitgeteilt wird, herrscht auch in den leitenden Kreisen des Metallarbeiterverbandes keine Einmütigkeit über den Streik mehr. Das Vorgehen der 15er Kommission wird vielfach als zu schroff und nicht im Interesse der gesamten Arbeiterschaft liegend bezeichnet.

Streik in den Opelwerken.

WTB. Frankfurt a. M., 27. Sept. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Rüsselheim a. Main, die Arbeiter der Firma Opel hätten den Schiedsspruch nicht angenommen und seien ohne Zustimmung der Gewerkschaftsleitung in den Ausstand getreten.

Eine Kraftprobe erster Ordnung.

Berlin, 27. Sept. Zur Ausdehnung des Streiks in der Metallindustrie sagt die „Voss. Ztg.": Noch immer sind keine Aussichten, daß eine Verständigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern erfolgt, da die maßgebenden Stellen sich noch wie vor abwartend verhalten. — Von einer gutinformierten Persönlichkeit des Arbeitgeberverbandes wird im „Berl. Tagebl." vorausgesagt, daß sich der Streik diesmal zu einer Kraftprobe erster Ordnung auswachsen werde.

Eine weitere Meldung der „L. N. A." aus Berlin besagt noch: Der Streik in der Berliner Metallindustrie hat bedauerlicherweise eine weitere Ausdehnung erfahren, und zwar sind auch die Heizer in weiteren Betrieben in den Ausstand getreten, um dadurch die Unternehmungen zu zwingen, die Arbeiter zu entlassen und die Stillegung dieser Betriebe zu erzwingen. Der Grundgedanke dabei ist, daß auf diese Weise die Arbeiter in den Besitz der Arbeitslosenunterstützung kommen. Auch in den Borsig-Werken sind die Heizer im Begriffe, in Streik zu treten, ferner in der Fabrik der A. E. G. und in den Imperatorwerken. Es sind bis jetzt die Siemenswerke und auch die Fabrik der A. E. G. in der Brunnenstraße in Berlin vollständig stillgelegt.

Auch die Leipziger Metallarbeiter haben am Freitag in den Betrieben Abstimmungen über das Kollektivabkommen in der Metallindustrie vorgenommen, deren Ergebnis noch nicht feststeht. Sie übten hierbei ein eigenartiges Verfahren aus. Durch Anschlag wurde nämlich den Arbeitern mitgeteilt, daß — nur Angehörige der freien Gewerkschaften mitstimmen dürften. Dieses Verfahren beweist, daß man auf jeden Fall zum Streik kommen will.

Desgleichen hat in Frankfurt a. M. eine Vertrauensmännerversammlung der Arbeitnehmer in der Metallindustrie den Tarifvertrag gekündigt, ehe die Arbeitgeberorganisation eine geforderte Erhöhung der Teuerungszulagen abgelehnt hatte.

Auch in München und im übrigen Bayern steht eine Bewegung der Metallarbeiterschaft bevor. Die Treiber der Bewegung gehören zu den radikalsten Elementen der Arbeiterschaft.

Schließlich sei hier in dieser Verbindung noch mitgeteilt, daß auch in Elberfeld, Barmen und anderen Orten des Wuppertals die Transportarbeiter in den Streik getreten sind. Die vom Reichskommissar Severing in die Wege geleiteten Einigungsverhandlungen sind gescheitert, weil der deutsche Transportarbeiter-Verband die Ausschaltung des Christlichen Verbandes forderte. Also auch hier Terror und Streikwillen um jeden Preis.

Lenin gestürzt?

Ein Gerücht, das aus russischen Kreisen in Stockholm stammt, will wissen, daß Lenin gestürzt sei und sich als Gefangener im Kreml zu Moskau befinde. Der Volkskommissar Derschinski soll Herr der Stadt Moskau sein und das Heer auf seiner Seite haben. Es handelt sich, wie ausdrücklich hervorgehoben sei, nur um eine Art Palastrevolution innerhalb der Räteregierung, nicht aber um den Sturz des Bolschewismus.

Nach dem estnischen Pressebureau endete die zehntägige Schlacht an der Düna mit einer vollständigen Niederlage der Bolschewisten. Es wurden 15 000 Gefangene gemacht.

Ein Ultimatum Wilsons an Italien.

In Rom ist nun eine kurz befristete Note Wilsons eingegangen, worin die Räumung Fiumes kategorisch gefordert wird.

Weiter wird aus Rom gemeldet: Der Kronrat hat sich am Donnerstag unter dem Vorsitz des Königs versammelt. Von Gialitti wird erzählt, er habe die schleunige Veranstaltung von Wahlen als die einzige Möglichkeit zur Lösung der Krisis bezeichnet. Wie der „Secolo" aus Paris erfährt, wächst in englischen, aber besonders in französischen Kreisen die Besorgnis, daß Serbien sich zu einem gefährlichen Schritte hinreißen lassen könne, der den Weltfrieden ernstlich bedrohen könnte. Die Besürchtung verschärft sich seit zwei Tagen immer mehr. So meldet denn auch bereits „Daily Mail" aus Belgrad: Die entlassenen vier ältesten Jahrgänge sind wieder einberufen. Die auffällige Maßnahme wird in Verbindung mit der Fiumer Frage gebracht.

Präsident Wilson krank?

Haag, 27. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Hollandsch Nieuwsbureau meldet aus Washington: Wilson hat auf ärztliche Anordnung seine sämtlichen Reisen absagen müssen. Er kehrt sofort nach Washington zurück, wo er am Sonntag morgen eintrifft. Sein Sekretär gab eine Erklärung ab, in der es heißt, daß der Präsident durch die ununterbrochene Arbeit der letzten zwölf Monate sehr arg erschöpft sei und daß seine Propagandareise für den Völkerbund seine Kräfte in den letzten Monaten sehr in Anspruch genommen habe, so daß er einen Nervenchok erlitt.

Amerika kauft den bulgarischen Tabak auf.

Amsterdam, 27. Septbr. (Eigene Drahtnachricht.) „Nieuws van den Dag" meldet aus London, daß einem Telegramm aus Athen zufolge die Amerikaner die bulgarische Tabakernte von 1919, 1920 und 1921 aufgekauft haben und sich außerdem auf 50 Jahre das Vorkaufsrecht auf allen bulgarischen Tabak gesichert haben.

Abgelehntes Ultimatum der Arbeiter.

WTB. Amsterdam, 27. Sept. Das Reutersche Bureau meldet aus Pittsburg, daß der Präsident der Bethlehem Steel Corporation in Beantwortung des Ultimatums des Stahlarbeiterausschusses sich weigerte, mit dem Ausschuß zu verhandeln und erklärte, daß die Gesellschaft von ihrem jetzigen System der Kollektivverhandlungen mit den Angestellten nicht abweichen werde.

Kommunistische Kampf-Stoßtrupps.

Wiederholt ist in der Oeffentlichkeit schon auf die Gefahr hingewiesen worden, die unserem Staate aus der wachsenden Zahl der Mitglieder der „Kampftruppe klassenbewußter Arbeiter" (K.K.A.) erwachsen kann. Ueber die Organisation und die Aufgaben dieser K.K.A. unterrichtet ein Geheimschreiben eines Berliner kommunistischen Bureaus, in dem es nach Meldung des „B. L. A." heißt:

„Aus kampferprobten Soldaten und jüngeren, voll leistungsfähigen Mitgliedern der K. P. D. sind Stoßtrupps zusammenzustellen. Diese Trupps übernehmen die Besetzung aller wichtigen Verkehrspunkte. Außerdem werden Reserve-Stoßtrupps gebildet, die an gefährlichen Stellen zur Verfügung bereit stehen. Die zu den Stoßtrupps eingestellten Mitglieder müssen zu jedem Dienst erscheinen und dafür Gewähr bieten. Die Gebührnisfrage regelt sich nach den Bestimmungen der K.K.A. Außerdem erhalten die Führer der Stoßtrupps eine weitere tägliche Zulage von 15 Mark, die Mannschaften von 8 Mark. Meldungen sind sofort erbeten."

In Berlin werden wöchentlich Instruktionsstunden dieser Kampftruppe über Verteilung und Verwendung der vorhandenen Waffen sowie über die Gruppierung der verschiedenen Kampfabteilungen abgehalten.

Auch diese Nachricht sieht nicht danach aus, daß die Regierung jedes — aber auch jedes Mittel anwendet, um dieser gefahrdrohenden Bewegung rechtzeitig Herr zu werden. Denn sonst müßte diese „Instruktionsstunde" längst ausgehoben sein.

Ungestörte Waffenverteilung der Kommunisten?

Hannover, 26. Sept. Schneider Merges, der frühere „Präsident" von Braunschweig, erklärte gestern in einer in Holzminden an der Weser abgehaltenen Kommunistenversammlung, daß die Kommunisten in allen Orten des Reiches zurzeit ungestört Waffen verteilten, um gerüstet zu sein „für den unmittelbar bevorstehenden Sturz der jetzigen Regierung".

Was sagt die Regierung zu dieser Auslassung des Herrn Merges? Ist sie auf dem Posten, um den kommunistischen Plänen wirksam zu begegnen?

Ein Staatsstreich in Limburg?

Haag, 27. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die Brüsseler Zeitung „Standard" berichtet, daß eine Bewegung im Gange sei, in Limburg einen ähnlichen Staatsstreich durchzuführen, wie ihn d'Annunzio auf Fiume durchführte. Zu diesem Zwecke sind angeblich bereits 23 000 Mann angeworben, darunter zahlreiche Offiziere und Heeresangehörige. Wie gerüchtweise verlautet, verfügt man über allerhand Waffen, Munition und Maschinengewehre und hat bereits begonnen, in dem zu besetzenden Gebiet eine Propaganda durchzuführen, damit auch dort ein Teil der Bevölkerung an dem Staatsstreich teilnehme.

Erzbergereien.

Der Wiederzusammentritt des deutschen Reichstages, der bekanntlich jetzt wieder in Berlin tagen wird, wirft seine Schatten voraus. Schon seit dem Tage, an dem die Demokraten infolge der Vorgänge bei Abschluß des Friedensvertrages aus der Regierung austraten, hat die Oeffentlichkeit nie aufgehört, sich über den Wiedereintritt zu unterhalten. Die Diskussion über diese Frage ist nie ganz eingeschlafen. Sie wurde kürzlich durch die Kasseler Rede Scheidemanns aufs neue lebhafter. Und infolge des demnächstigen Wiederzusammentritts des Reichstages ist die Frage in ein akutes Stadium getreten. Die jetzige aus Zentrumsmannen und Sozialdemokraten bestehende Regierung unter Erzbergers glorreicher Führung ist sich einmal klar darüber, daß Deutschland in den kommenden Monaten seiner schwersten Belastungsprobe entgegen geht und zum andern darüber, daß die zentrumlich-mehrheitssozialistische Regierung nicht genügend Tragfähigkeit besitzt, um diese Belastungsprobe zu bestehen. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des jetzigen Kabinetts ist der Ueberzeugung, daß der Wiedereintritt der Demokraten eine unumstößliche Notwendigkeit ist. Von den Gegnern hat gestern zwar der deutschnationale Abg. Hergt zwar in der preußischen Landesversammlung gemeint, daß das auch noch nicht genügen würde, aber er hat verschwiegen, wer selbst noch in die Regierung eintreten könnte. Die Deutschnationalen kommen ja deshalb nicht in Frage, weil sie sich durch ihre monarchistischen Bestrebungen außerhalb einer Regierungsmehrheit stellen.

Die erste Frage ist heute die: Wie soll die Umbildung der Regierung vor sich gehen? Welche Ansprüche kann und wird die Demokratie stellen? Hiermit hat sich auch die Fraktion des Zentrums beschäftigt. Nach einem über diese Sitzung vorliegenden Bericht hat Erzberger Bericht erstattet über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen. Dabei soll er auch erklärt haben, daß die Reichsleitung mit dem Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung grundsätzlich einverstanden sei, da „so die Regierung wieder auf eine breite Basis gestellt" werde. Weiter heißt es in dem Bericht: „Es sei richtig, daß die Demokraten das Reichsjustizministerium, das Reichsverkehrsministerium und das Reichsfinanzministerium verlangen, jedoch brauche man, so sagte er, auf diese Forderungen nicht einzugehen, da die Demokraten, wie er ausdrücklich betonte, schließlich alles annehmen würden, was man ihnen anböte, nur um wieder in die Regierung hinein zu kommen. Als Tag, an dem die Regierungsumbildung vor sich gehen könnte, gab Erzberger den 30. September an."

Wir möchten fast glauben, daß der Bericht nicht auf Wahrheit beruht und überlassen die Verantwortung für ihn dem Berliner Blatte, dem er entnommen ist. Beruht er auf Wahrheit, dann haben wir es mit einer — Unverfrorenheit Erzbergers zu tun, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Gerneugroße hat das Zentrum — der würdigste Vertreter dieser Menschenklasse ist ja gerade Herr Erzberger — und ganz naturgemäß hat auch die Fraktion der deutschen demokratischen Partei solche Politiker. Diese demokratischen Mitglieder des Reichstages, die vielleicht kaum zu zähmende Sehnsucht nach einem Ministersessel haben, sind nicht die Demokratie und repräsentieren auch nicht die demokratische Fraktion der deutschen Volksvertretung. Für ihre etwaigen rein persönlichen Handlungen ist die Demokratie ebenso wenig, besser erheblich weniger verantwortlich wie die gesamte Zentrumspartei für die Taten und Untaten ihres Erzberger. Das weiß auch Herr Erzberger! Wenn er trotzdem derartige alberne Bemerkungen gebraucht, so ist das eine jener Unverfrorenheiten, wie sie immer wiederkehren im Leben des tatsächlichen Leiters des Kabinetts Bauer.

Herr Erzberger wankt auf seinem Ministersessel, von dem er sich nicht trennen kann. Er hat sich auch in seiner jetzigen Stellung in der Kunst geübt, nacheinander alle Parteien vor den Bauch zu stoßen. In den jüngsten Tagen hatte er einen Zusammenstoß mit der Mehrheitssozialdemokratie, die ihrerseits die Forderung aufstellte, daß in den Kommissionen erst die direkten Steuervorlagen beraten werden sollten. Herr Erzberger war der Meinung, daß zuerst die Umsatzsteuer beraten werden müsse. Die Situation sah für einen Augenblick gefährlich aus. Die Sozialdemokratie machte eine Faust, als man jedoch näher hinsah, war es nur eine Faust in der Hosentasche. Man wollte es mit dem Herrn und Meister nicht verderben und so fiel man schleunigst um, und erfüllte die Wünsche des Herrn Erzberger. Aber abgesehen von diesem mehr heiteren Zwischenspiel, sind auch sonst genügend Anzeichen vorhanden, daß die Stellung des Vielgenannten ins Wanken gekommen ist.

Dazu käme zweitens das Reichsjustizministerium, das ohnehin verwaist ist. Und drittens: Herr Müller,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190927033/fragment/page=0001

der erst nach Versailles ausziehen sollte, um dort den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Er blieb von jenem Zeitpunkt an Minister des Äußern und zählte eines Tages auch schlecht und recht ein Programm auf, dessen verheißungsvollster Punkt die Reform des Auswärtigen Amtes war. Nun sind inzwischen einige Monate ins Land gegangen, von der im Laufe der Jahre schon so oft angekündigten Reform hat man jedoch nichts gemerkt. Es macht auch sonst täglich mehr den Eindruck, als ob Deutschland hinsichtlich seiner auswärtigen Politik ein Wrack, ein führerloses Schiff geworden ist, so daß man den dringenden Wunsch haben muß, daß gerade dieses Ministerium wieder von einem Manne geleitet wird, der über fachmännisches Wissen versteht und der vor allen Dingen das Talent besitzt, die Dinge von der Stelle zu bringen. Von der Leitung eines Ministeriums muß man etwas mehr verstehen, als ein Treibenlassen ohne auch nur die geringste Rücksicht auf das Ziel. Aus der Fülle der schwebenden Fragen wollen wir nur eine herausgreifen: Die baltische Frage. Die Entente greift Deutschland an, weil wir die Truppen aus dem Baltikum nicht schnell genug zurückziehen. Die radikale Linke Deutschlands wendet sich mit scharfen Worten gegen Noske, der angeblich nicht schneidig genug auftritt, jedenfalls die Truppen nicht schnell genug aus dem Norden in die deutsche Heimat zurückführt. Ist denn aber die Frage damit erschöpft? Ist Herr Hermann Müller, der verantwortliche Leiter der deutschen Außenpolitik noch gar nicht auf den Gedanken gekommen, daß diese Frage auch für sein Ressort Interesse haben müßte und daß das baltische Problem gar keine Frage ist, die allein für das Reichswehrministerium Bedeutung hat. Kommen wir zu einer Umbildung der Regierung, dann hoffen wir, daß sie so ausfällt, daß alte, deutlich sichtbar gewordene Schwächen beseitigt werden.

Für die Demokratie ist die Situation nach wie vor gegeben: Ihr Wiedereintritt ist an sich hoch erwünscht, damit die Mehrheitssozialdemokratie nicht allein dem Druck des Zentrums ausgesetzt ist. Die verderblichen Folgen eines solchen Druckes haben wir schon mehrfach beobachten können. Aber andererseits hat dieser Wiedereintritt doch nur dann einen Zweck, wenn die demokratische Vertretung innerhalb der Regierung stark genug ist, um wirklich mit einiger Aussicht auf Erfolg für die demokratischen Forderungen eintreten zu können. Darin liegt die Berechtigung der Forderung nach drei Mandaten, wie sie die Demokratie vor ihrem Austritt aus der Regierung besaß. Es kann nicht darauf ankommen, den jetzigen beiden Regierungsparteien lediglich einen Teil der Verantwortung abzunehmen, sondern vielmehr darauf, daß auch die Politik eine solche wird, daß man die direkte Mitarbeit der Demokratie spürt. Eine der wichtigsten Bedingungen für den Wiedereintritt der Demokratie in das Kabinett scheint uns auch heute noch die Forderung nach einer erzbergerreinen Politik zu sein. Herr Erzberger ist nach allen Richtungen belastet und es würde ganz sicher nicht im Interesse der deutschen demokratischen Partei liegen, wenn man ihren gegnerischen Parteien Gelegenheit geben würde, sie für die alten und neuen Sünden Erzbergers verantwortlich zu machen. Das Konto dieses Mannes ist so groß, daß man der Demokratie ein entschiedenes Abrücken von diesem Manne nur von Herzen wünschen kann. Nicht nur im Interesse unseres Vaterlandes im allgemeinen, sondern auch im Interesse der Partei im besonderen! Die Fraktion der deutschen demokratischen Partei wird sich am morgigen Sonntagabend erneut mit der Regierungsumbildung beschäftigen. Wir möchten hoffen und wünschen, daß man in dieser Sitzung die Erzbergergefahr für Vaterland und Partei nicht zu gering einschätzt!

C. H.

Aus Clemenceaus Rede.

WTB. Paris, 26. Sept. Aus der Havas-Meldung über Clemenceaus Kammerrede sind noch folgende Sätze hervorzuheben. Clemenceau erklärte, die militärischen Sicherheiten des Friedensvertrages für Frankreich nicht besonders betonen zu wollen, machte aber darauf aufmerksam, daß der Völkerbund noch nicht über Streitkräfte verfüge. Uebrigens würde er sich weigern, auch nur einen Mann herzugeben, um etwa Deutschland gegen Polen zu schützen. Der Wert einer Grenzlinie bestimme sich nach dem Volke, das dahinter wohne und nach der Politik, die es treibe. Frankreich habe jetzt eine gute Grenze, hätte man sie bis an den Rhein vorgeschoben, so würde man dort deutsches Gebiet vor und hinter sich haben.

Die Entente und der deutsche Heeresbestand.

Versailles, 26. Sept. Der Fünferrat hielt heute vormittag eine Sitzung ab. Er stellte die Antwort fest, die auf den deutschen Protest betreffend die Maßnahmen der belgischen Autoritäten in den Bezirken Eupen und Malmedy gegeben werden soll und beschäftigte sich ferner mit einer Note des Marschalls Foch des Inhalts, daß am Ende jedes Quartals durch interalliierte Kontrollkommissionen der Effektivbestand des deutschen Heeres für das nächste Quartal festgesetzt werden soll.

Die Entwaffnung Deutschlands.

WTB. Versailles, 27. Sept. Der Friedensausschuß der Kammer wird morgen nachmittag um 2 Uhr den Beschlußantrag des Abgeordneten Ade Lefevre beraten, der lautete: Die Kammer ersucht die Regierung, Verhandlungen mit den Signatarmächten des Vertrages von Versailles einzuleiten, um einen Zusatz zum Friedensvertrag anzunehmen, der die Entwaffnung Deutschlands und seiner Verbündeten effektiv macht durch das Verbot gewisser Kriegsindustrien und durch jede notwendig erscheinende Maßnahme.

Die englische Eisenbahnerkrisis.

WTB. Amsterdam, 27. Sept. Nach einer Meldung des „Telegraaf" vom 25. September abends wird wegen der englischen Eisenbahnerkrisis Lloyd George seine Reise nach Wales, wo er in Carnavon reden wollte, aufgeben.

„Allgemeen Handelsblad" meldet aus London vom 26. September ein Abblauen der Krisis, weil beide Parteien dem Schlimmsten vorzubeugen wünschten. Amtlich wird gemeldet, daß der Streik, wenn er überhaupt zustande kommt, am 27. September, nachts 12 Uhr, beginnen soll und nicht um Mittag, wie zuerst festgesetzt war.

Ein großes holländisches Hilfswerk für deutsche unterernährte Kinder.

Haag, 25. Sept. Die Leitung des Niederländischen Roten Kreuzes verschickt ein Rundschreiben, in dem auf die traurigen Lebensmittelverhältnisse in Deutschland und auf die erschreckende Zunahme der Sterblichkeit hingewiesen und die niederländische Bevölkerung in warmen, herzlichen Worten aufgefordert wird zu einem Hilfswerk, mit dem bereits begonnen wurde, durch Gaben an Lebensmitteln beizustehern. Das Niederländische Rote Kreuz hat die Absicht, das Hilfswerk im Einvernehmen mit den deutschen Behörden zu zentralisieren und die aufzukaufenden Lebensmittel nach zwei noch näher zu bestimmenden Orten, vermutlich in Thüringen und im Harz, zu schicken. Dort würden die unterernährten Kinder von den deutschen Behörden in besonders großen Einrichtungen untergebracht werden, und die Verteilung der aus Holland kommenden Lebensmittel an Ort und Stelle unter niederländischer Kontrolle vor sich gehen.

Belgische Roheiten.

WTB. Berlin, 27. Sept. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß die auf der Heimfahrt durch Belgien befindlichen deutschen Kriegsgefangenen durch die Bevölkerung mit Steinen und Glasbirne angegriffen werden. Bisher sind 26 Heimgekehrte verletzt in Köln eingetroffen. Wegen dieses unglaublichen rohen und zugleich schimpflichen Verhaltens gegen die deutschen Kriegsgefangenen, denen endlich nach langen Jahren die Freiheit zurückgegeben ist, wird schärfster Einspruch bei der belgischen Regierung erhoben.

Vom Eintritt der Demokraten in die Regierung.

Berlin, 27. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Das Reichskabinett wird sich, wie wir erfahren, erst heute mit der Frage des Wiedereintritts von Mitgliedern der Deutschdemokratischen Partei in die Regierung befassen. Obwohl die Vorbesprechungen schon seit einer Reihe von Tagen gepflogen werden, ist eine Klarheit in dieser Frage der Umbildung der Regierung noch nicht erreicht worden. So viel steht fest, daß den Demokraten, wenn sie sich der Regierungsmehrheit anschließen, drei Ministerposten entsprechend ihrer Fraktionsstärke in der Nationalversammlung überlassen werden. Voraussichtlich werden sie das Reichsjustizamt, das Reichsamt des Innern und die allgemeine Stellvertretung des Reichskanzlers, die gegenwärtig der Reichsfinanzminister Erzberger inne hat, mit ihren Kandidaten besetzen. Die von anderer Seite verbreitete Nachricht, daß eventuell das Reichsverkehrsministerium den Demokraten übergeben und Reichsminister Dr. Bell in das preußische Kabinett eintreten soll, halten wir nach unseren Informationen für unbegründet, da nach dem Gesagten die Zuteilung von Portefeuilles an die Demokraten noch nicht entschieden ist und wahrscheinlich erst morgen entschieden wird, so daß auch die Meldungen über Persönlichkeiten verfrüht sind. Jedenfalls können von den Demokraten die Abgeordneten Schiffer, Falk-Köln, Koch-Kassel und Petersen-Hamburg als für Ministerposten in Betracht kommend angesehen werden.

Noch keine Festsetzung der Wahlen zum Reichstag.

Berlin, 27. Sept. Zu einer Nachricht aus parlamentarischen Kreisen, wonach Neuwahlen zum Reichstag schon für Ende Oktober in Aussicht genommen seien, erfährt die „D. Allgem. Ztg.", daß das Reichskabinett bisher keine Veranlassung gehabt habe, sich mit der Frage zu beschäftigen. Hiernach erscheint die Nachricht nicht begründet zu sein.

Über eine internationale Regelung der Kohlentransporte.

Ueber eine internationale Regelung der Kohlentransporte erfährt der „Vorwärts" aus Bern, daß zwischen der Schweiz und Italien mit Zustimmung der Alliierten ein provisorisches Abkommen getroffen worden sei. Die für Italien bestimmte Saar- und Ruhrkohle solle der Schweiz zugeleitet werden, während die in Genua eintreffende amerikanische Kohle für Italien bestimmt werde. Die Preise sollten gleich bleiben. Die so ausgetauschten Kohlen würden zwischen der Schweiz und Italien verrechnet. Der „Vorwärts" meint, was für die Kohle für die Schweiz und Italien notwendig erscheint, das ist für alle Länder und den gesamten Güteraustausch das Gebot der Stunde.

910 Millionen Mark Beamtenbeihilfe in Preußen.

Der Preußischen Landesversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Bereitstellung von Geldmitteln zur Deckung für eine den unmittelbaren Staatsbeamten und Volksschullehrern im Ruhestande, den Hinterbliebenen von unmittelbaren Staatsbeamten und Volksschullehrerpersonen sowie den im Staatsdienste beschäftigten Lohnangestellten höherer Ordnung und Lohnempfängern zu gewährenden einmaligen Beschaffungsbeihilfe zugegangen. Der einzige Paragraph des Gesetzentwurfes fordert einen Betrag bis zu 910 Millionen Mark, zu dessen Deckung Staatsschuldverschreibungen ausgegeben werden sollen. Aus diesem Kredit sollen auch die Ausgaben gedeckt werden, die erforderlich sind, damit Geistlichen und Lehrpersonen an nicht staatlichen oder vom Staate unterstützten Lehranstalten eine Beihilfe gewährt werden kann. In der Begründung wird ausgeführt, daß trotz der bisherigen, unter erheblichen Aufwendungen eingeleiteten Hilfsaktion der Ruf nach einer einmaligen Entschuldungs- und Beschaffungsbeihilfe aus Kreisen der Staatsbeamten nicht verstummt sei, und daß sich die Staatsregierung jetzt gezwungen sehe, diesem Rufe Folge zu leisten.

Räumung des Baltikums bis Ende Oktober?

Berlin, 27. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, will die Reichsregierung versuchen, die im Baltikum stehenden deutschen Truppen bis spätestens Ende Oktober in die Heimat zurückzuführen. Die deutsche Regierung hält die sofortige Räumung des Baltikums von den deutschen Soldaten für dringend notwendig.

Die Leitsätze Hugenbergs.

WTB. Berlin, 27. Sept. Die Blätter bringen Leitsätze die der deutschnationale Abgeordnete Hugenberg der Nationalversammlung zur ganzen oder teilweisen Ersetzung der Reichsnotopfer-Vorlage durch eine Zwangsanleihe (Steueranleihe) unterbreitet hat. Hugenberg empfiehlt die Vermögensabgabe in der Form der Uebernahme einer Reichsanleihe (Steueranleihe) entrichten zu lassen, die zwar mit 5 Prozent verzinslich ist, aber unter Freistellung von allen anderen Steuern (Einkommen- und Vermögenssteuern des Reiches, der Länder und der Gemeinden) mit einer in den ersten zehn Jahren — fünfprozentigen von da an — dreiprozentigen Steuer belegt wird und deren allmähliche Tilgung für den Fall einer Besserung der Wirtschaftslage Deutschlands in Aussicht gestellt wird.

Beschlüsse des Wiener Kabinettsrats zur Ernährungsfrage.

WTB. Wien, 26. Sept. (Kort.-Bureau.) Der Kabinettsrat hat u. a. Beschlüsse zur Ernährungsfrage gefaßt. Der Ankauf von Lebensmitteln in den Ententeländern wird immer schwieriger wegen der der den Verkaufspreis beträchtlich übersteigenden Gestehungskosten und der täglich mehr erschwerten Kreditbeschaffung. Der Kabinettsrat hat weiter beschlossen, der Nationalversammlung die Entwürfe zu einem neuen Preßgesetz und einem Journalistengesetz zu unterbreiten.

Die Selbständigkeit Litauens.

WTB. Kowno, 26. Sept. Aus Anlaß der Anerkennung der Selbständigkeit Litauens durch England hat heute nachmittag um 6 Uhr eine große Demonstration stattgefunden. Die Menge zog vor das Hotel Metropol, dem Sitz der englischen Mission, und brachte ihr begeisterte Huldigungen dar. Der Chef der englischen Mission hielt vom Balkon aus in Englisch eine Ansprache, in der es heißt: Meine Regierung wird dafür Sorge tragen, daß die Grenzen zwischen Polen und Litauen so ausfallen, daß die Litauer zufriedengestellt werden, auch wird meine Regierung ihnen finanzielle Hilfe gewähren. Es liegt nun an ihnen, ihre Regierung nach Kräften in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Das Heer muß gleichfalls loyal zu seiner Regierung stehen.

Eine Erklärung der Firma Th. Goldschmidt.

WTB. Essen (Ruhr), 27. Sept. Die in den letzten Tagen in der Presse enthaltenen Nachrichten über die Theodor Goldschmidt Aktien-Gesellschaft, wonach diese in Verkaufsverhandlungen mit amerikanischen Interessenten über ein Verfahren betreffs Holzverzuckerung stehe, entbehren, wie die Theodor Goldschmidt Aktien-Gesellschaft mitteilt, jeder tatsächlichen Grundlage.

Deutsches Reich.

Arbeitslosenversicherung statt Erwerbslosenversicherung.

Die Erwerbslosenunterstützung soll nach einem Plan des Reichsfinanzministeriums, der auch die Billigung des Reichsarbeitsministeriums gefunden hat, vom 1. Januar ab in eine Arbeitslosenversicherung umgewandelt werden. Dieser neue Versicherungszweig soll auf Beitragsstiftungen des Reiches und der Einzelstaaten und auf Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebaut werden.

Verschärfung der Streiklage in Stettin.

Stettin, 26. Sept. Die Gasarbeiter haben die ihnen angebotene Lohnerhöhung von 10 Mark pro Woche abgelehnt. Das Wasserwerk arbeitet noch, man will aber, falls die Forderungen nicht erfüllt werden, umdingt in den Streik eintreten, ebenso bei allen Zweigen der hiesigen städtischen Verwaltung. Auch im Hafen hat sich die Lage verschärft.

Keine Listenverbindungen mehr?

Berlin, 27. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, werden die neuen Wahlgesetze demnächst den Unterkommissionen zur Durchberatung zugehen. Es steht fest, daß bei den kommenden Wahlen die Restsitzen im ganzen Reiche zusammengestellt werden und die Listenverbindungen wegfallen sollen.

Aus der demokratischen Bewegung.

Radis, 27 Nov. In Radis sprach am Donnerstag abend Herr Generalsekretär Dornbluth vor überfülltem Saale. Der Verlauf der Versammlung, die sich im Anschluß an den sehr beifällig aufgenommenen Vortrag noch mit inneren Gemeindeangelegenheiten befaßte, hat zur Stärkung des demokratischen Gedankens in Radis entschieden beigetragen. Auch hier konnte übrigens, wie bereits vielfach an anderen Orten, festgestellt werden, daß die Deutschnationalen Hand in Hand mit Vertretern der unabhängigen Sozialdemokratie gegen die Demokraten zu arbeiten versuchen. In der Versammlung wurde dies in der gebührenden Form festgenagelt.

Halle und Umgegend.

Halle, den 27. September 1919.

Kohlenbeihilfe für Kriegerwitwen.

Die städtische Kriegshinterbliebenen-Fürsorge gewährt halbischen Kriegerwitwen, sofern sie einen eigenen Hausstand besitzen und nicht schon berücksichtigt worden sind, auf Antrag im Falle der Bedürftigkeit eine Kohlenbeihilfe von 50 Mark. Anträge auf Gewährung der Beihilfe nimmt das Kriegshinterbliebenenfürsorgeamt, Kl. Steinstraße 8 III, Zimmer 128, in der Zeit von 10—1 Uhr vormittags werktäglich entgegen, und zwar für die Empfangsberechtigten mit den Anfangsbuchstaben

A—C Donnerstag, den 2. Oktober 1919,
D, E, F Freitag, den 3. Oktober 1919,
G, J Sonnabend, den 4. Oktober 1919,
H Montag, den 6. Oktober 1919,
K, L Freitag, den 10. Oktober 1919,
M, N Sonnabend, den 11. Oktober 1919,
O, P, Q, R Montag, den 13. Oktober 1919,
S Dienstag, den 14. Oktober 1919,
Sch, St, Sp Mittwoch, den 15. Oktober 1919,
T, U, V Donnerstag, den 16. Oktober 1919,
W, Z Sonnabend, den 18. Oktober 1919.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190927033/fragment/page=0002